

Liebe Mitglieder, Freunde und Interessenten an der Lage in den Unterkarpaten!

Am 21. Mai lief die fünfjährige Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ab, aber aufgrund des Kriegsrechts werden in der Ukraine keine Wahlen abgehalten.

Der Filmproduzent und Schauspieler Wolodymyr Selenskyj besiegte seinen seit 2014 amtierenden Gegner, Präsident Petro Poroschenko, im Mai 2019 mit 73 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Er versprach damals Transparenz, ein Ende der allgegenwärtigen Korruption und Frieden in der Ostukraine.

"Damit unsere Helden nicht sterben, bin ich zu allem bereit. Ich habe keine Angst, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, und ich bin bereit, meine eigene Popularität zu verlieren. Und wenn es nötig ist, werde ich bereit sein, die Präsidentschaft nur für den Frieden zu verlieren", sagte Wolodymyr Selenskyj vor fünf Jahren.

Um das Militär weiter zu finanzieren, muss die Regierung die Steuern erhöhen. Vorgesehen ist in erster Linie eine Anhebung der Einkommenssteuer sowie der Mehrwertsteuer (MwSt.). Derzeit zahlen die Bürger der Ukraine 18 % Einkommenssteuer und 1,5 % Militär- oder Kriegssteuer. Die Steuerbelastung beträgt somit 19,5 %. Die Kriegssteuer soll auf 5 % erhöht werden. Die Gesamteinkommenssteuer beträgt damit 23 %, die vom Lohn abgezogen wird.

Die Mehrwertsteuer beträgt derzeit 20 %. Wie viel genau die Mehrwertsteuer erhöht werden soll, ist noch nicht entschieden. Angedacht sind 2 % oder 3 %, nicht weniger. Bei jedem Einkauf zahlen die Menschen in der Ukraine aber schon jetzt Kriegssteuer.

Regionale Rekrutierungszentren bereiten sich auf die Umstellung auf eine einzige elektronische Datenbank vor. In diesem Rahmen erhalten Männer zwischen 18 und 60 Jahren, die zum Militärdienst verpflichtet sind, einen speziellen Code. Dies wird eine Art Kennung sein, die den Männern automatisch von diesem Register zur Verfügung gestellt wird. Wenn also Polizeibeamte oder Mitarbeiter des Rekrutierungszentrums die Akten eines Mannes überprüfen, wird deutlich, ob der Bürger seine Daten aktualisiert hat. Alle Informationen werden in elektronischer Form zur Verfügung stehen, auf die die Strafverfolgungsbehörden Zugriff haben. Die Entwicklung der Datenbank wird voraussichtlich bis Ende 2024 abgeschlossen sein.

Der Code besteht aus 19 Ziffern und enthält Informationen über seinen Besitzer. Diese Codes werden auf die Militärausweise der Männer geklebt. Laut Gesetz müssen Männer keine Zustimmung geben, um einen Code zu erhalten.

Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, unterzeichnete am 17. Mai ein Gesetz, das die Mobilisierung bestimmter Gefangener in die Reihen der Streitkräfte der Ukraine ermöglicht, wenn sie sich freiwillig zum Dienst melden.

Dem Vorschlag zufolge dürfen jedoch Mörder, Vergewaltiger und Pädophile, korrupte Beamte, Verstöße gegen die nationale Sicherheit des Landes und Personen, die wegen illegaler Herstellung, Erwerb, Vertrieb oder Besitz von Drogen verurteilt wurden, weiterhin nicht in den ukrainischen Streitkräften dienen. Nur diejenigen, deren Strafe nicht mehr als drei Jahre beträgt, können mobilisiert werden.

Bei der Mobilisierung wird der psychische und gesundheitliche Zustand des Häftlings berücksichtigt werden. Sozial gefährliche Krankheiten wie HIV, Tuberkulose und Hepatitis würden ein Ausschlussgrund sein.

Mehr als dreitausend Sträflinge haben sich bereits zum Militärdienst gemeldet. Das entspricht den vorläufigen Erwartungen des Ministeriums.

Derzeit gibt es in der Ukraine neben der Wehrpflicht eine allgemeine militärische Grundausbildung. Das soll sich ändern. Anstelle der Ausbildung vor der Wehrpflicht wird eine allgemeine militärische Grundausbildung eingeführt. Die Ausbildung erfolgt in den Klassen 10 und 11, Berufsschulen, Berufsbildungseinrichtungen und Hochschulen. Die allgemeine militärische Grundausbildung besteht aus dem Thema „Verteidigung der Ukraine“ und „militärpatriotischer Erziehung“. Es wird mehr Wert darauf gelegt, neue Technologien der modernen Kriegsführung zu erlernen. Diese militärische Grundausbildung soll drei Monate (in Friedenszeiten fünf Monate) dauern und alle wehrpflichtigen Männer zwischen 18 und 24 Jahren betreffen, die noch nicht mobilisiert werden können.

Der Vorschlag, wehrpflichtige ukrainische Männer in die Ukraine zurückzuschicken, sei nicht realisierbar, sagte der tschechische Außenminister Jan Lipavsky in Prag. Der Chef der tschechischen Diplomatie reagierte auf den Vorschlag der Regierungskoalitionsparteien TOP 09.

"Es ist unmöglich, jemanden einfach gefangen zu nehmen und in die Ukraine zu schicken, wenn man weiß, dass er in die Armee eingezogen wird. Dies ist nach internationalem Recht und verschiedenen Verträgen nicht zulässig." – erläuterte der Minister seinen Standpunkt.

"Wir sehen, dass es eine relativ lebhafte Debatte darüber gibt und dass die Ukraine auch signalisiert, dass sie kampffähige männliche Bürger in ihrer Armee braucht", betonte Jan Lipavsky.

Innenminister Vít Rakusan, sagte zuvor: "Die Rückkehr von Wehrpflichtigen in ihre Heimatländer ist derzeit nach internationalem Recht nicht möglich".

Nach Angaben der Prager Presse leben derzeit Zehntausende von wehrpflichtigen ukrainischen Männern in der Tschechischen Republik.

Nach Angaben der Weltbank ist die Armut in der Ukraine in den letzten zwei Jahren um 19 % gestiegen, vor allem bei Rentnern. Der Anteil der Menschen, die in der Ukraine unter der Armutsgrenze leben, stieg in diesen beiden Jahren von 5 % auf 24 %.

In der Ukraine leben etwa 9 Millionen ältere Menschen. Etwa drei Millionen von ihnen

sind behindert. Tendenz steigend.

Die Ukraine gehört bereits zu den Ländern mit einem hohen Durchschnittsalter, in dem fast 18 % der Bevölkerung 65 Jahre oder älter sind. Bis 2035 wird voraussichtlich jeder fünfte Ukrainer über 65 Jahre alt sein.

Analysten stellen fest, dass die Invasion Russlands die Ukraine in Bezug auf die Armut um etwa 15 Jahre zurückgeworfen hat.

Die Ukraine hat nach Einschätzung der deutschen Regierung sämtliche Reformvorgaben für den Beginn von Gesprächen über eine Aufnahme in die Europäische Union umgesetzt.

"Aus Sicht der Bundesregierung erfüllt die Ukraine alle Voraussetzungen, um die EU-Beitrittsverhandlungen im Juni eröffnen zu können", sagte Europastaatsministerin Anna Lührmann (Grüne) auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. "Daher drängen wir auf eine schnelle Einigung aller Mitgliedsstaaten auf den Verhandlungsrahmen."

Mit dem Verhandlungsrahmen werden Leitlinien und Grundsätze für die Beitrittsgespräche festgelegt. Er ist Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn und muss von den 27 EU-Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden.

Seit etwa einem Jahr treffen sich in Budapest Jugendliche aus den Unterkarpaten, die nach Ausbruch des Krieges in die ungarische Hauptstadt gezogen sind. Ziel war es, eine Treffmöglichkeit zu schaffen, um Gott zu loben und Gastfreundschaft zu erleben. Zuhause haben sie gemeinsam an vielen Jugendveranstaltungen teilgenommen, die sie in der geschäftigen, lauten Hauptstadt sehr vermisst haben.

Zehn oder fünfzehn junge Leute versammeln sich monatlich, was keine große Zahl ist, aber die Teilnehmer bestätigen immer wieder, wie sehr sie diese Gemeinschaft brauchen.



Nach Pfingsten besuchten Klaus Göttler, Generalsekretär des Deutschen EC-Verbandes (Entschieden für Christus), und Simon Schuh, EC-Bundesgeschäftsführer, die Reformierte Kirche der Unterkarpaten und führten Gespräche mit Bischof Sándor Zán Fábíán und Antal Balázs, dem neuen Vorsitzenden des reformierten Jugendverbandes KRISZ, über die Möglichkeiten der Intensivierung der Beziehungen.



Simon Schuh, Klaus Göttler und Bischof Zán Fábíán (von links)

Erstmals organisierte der Bildungsausschuss der Reformierten Kirche der Unterkarpaten unter seinem Vorsitzenden, Pfarrer István Menyhárt aus Vári, eine Weiterbildungskonferenz für reformierte Kindergartenpädagogen und Mitarbeiter. Die ganztägige Weiterbildung vereinte etwa 50 Teilnehmer. Nach einer Andacht von Bischof Zán Fábíán folgte ein abwechslungsreiches Programm.



Bischof Sándor Zán Fábrián und Pfarrer Péter Szeghlyánik freuen sich über alle Grüße und grüßen ihrerseits alle Bekannten und Freunde sehr herzlich und danken für alle Gebete und die hilfreiche Unterstützung!

Unsere Hilfe ist nötiger denn je!

Hier der Spendenaufruf:

UKRAINE-KRISENHILFE

Wir unterstützen unsere Partner in den Unterkarpaten auch weiterhin bei der Versorgung von Flüchtlingen, sowie der Hilfe für kriegsbedingt in Not geratene Menschen, die im Land bleiben wollen oder müssen.

Bitte helfen Sie mit!

Ihre Überweisung

Bitte richten Sie eine Überweisung oder Dauerauftrag wie folgt ein:

Hilfsverein Unterkarpaten e. V.

IBAN: DE57 870 58 000 381 20 10 908

BIC: WELADED1PLX

Kennwort: Krisenhilfe

Die Reformierte Kirche der Unterkarpaten möchte ein Andachtsbuch eines ungarischen reformierten Pfarrers in Ukrainisch herausgeben. Einerseits ist es für die Flüchtlinge in den Unterkarpaten gedacht, andererseits ist aber auch Bedarf aus dem Osten der Ukraine, insbesondere aus dem Raum Charkiw und Odessa signalisiert worden. Die Lieferung würde dann mit den Hilfstransporten von Pfarrer Szeghljánik erfolgen.

Die Übersetzung ins Ukrainische liegt bereits vor. Bischof Zán Fábián bittet nun zur Finanzierung um 4.000 EUR.

Überweisungen für diesen Verwendungszweck bitte mit dem Kennwort: Bücher an das unten genannte Konto!

Aktuelle Meldung:

Heute haben nach längerer Pause Russland und die Ukraine wieder Kriegsgefangene ausgetauscht. Jede Seite habe 75 Soldaten an die andere Seite übergeben. Der Austausch sei von den Vereinigten Arabischen Emiraten vermittelt worden.